



Gebietsreform – Nein Danke!

Noch bestimmt eine bunte Vielfalt sich selbst verwaltender Bürger das Bild der Thüringer Kommunen. Das funktioniert völlig reibungslos. Die Gemeinden des Freistaates glänzen im bundesweiten Vergleich mit einer sehr niedrigen Zahl von Verwaltungsangestellten pro tausend Einwohnern. Thüringer Gemeinden stehen heute für eine kostengünstige bürgernahe Kommunalverwaltung.

Aus nicht nachvollziehbaren Gründen plant die Thüringer Landesregierung eine „Gebietsreform“, die das ändern wird. Dabei will sie Kommunen in der Fläche zu zentralisierten Einheitsgemeinden mit mindestens 6.000 Einwohnern im Jahr 2035 zusammenfassen, gegebenenfalls unter Zwang.

Das sollte die Landesregierung besser bleiben lassen. Denn das läuft den Interessen der Bürger völlig zuwider.

1. Diese Gebietsreform wird für die Bürger teuer

Es gibt keine Ersparnisse durch Gebietsreformen. Wissenschaftlichen Untersuchungen über die wirtschaftlichen Folgen von Gebietsreformen in anderen Bundesländern lassen daran keine Zweifel.

Speziell für Thüringen gilt:

Erzwungene Einheitsgemeinden sparen nichts. Denn weitaus die meisten Kommunen in der Fläche haben sich längst zu Verwaltungsgemeinschaften zusammengetan oder arbeiten mit erfüllenden Gemeinden zusammen. Dadurch realisieren die Gemeinden in Thüringen bereits seit vielen Jahren alle erzielbaren Größen- oder Spezialisierungsvorteile einer gemeinsamen Verwaltung. Zwangsfusionen der politischen Gemeinden sind daher kein Mittel, um Kosten zu sparen.

Durch die Gebietsreform steigen die laufenden Kosten der Verwaltung. Denn gemeindliche Ehrenämter fallen in sehr großer Zahl weg. Aller Erfahrung nach verringert sich mit wachsender Gemeindegroße auch die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen. Soll daraus keine Unterversorgung mit öffentlichen Leistungen in der Fläche entstehen, müssen die äußerst kostengünstig ehrenamtlich Tätigen durch tariflich bezahlte Verwaltungsleute ersetzt werden.

Das geht ins Geld.

Nach den Plänen der Landesregierung wird der Freistaat für einen Teil der angestrebten Gemeindegemeinschaften einmalige Zuschüsse leisten.

Das wird teuer für den Steuerzahler.

Straßenausbaubeiträge, Erschließungsbeiträge, laufende Gebühren, kommunale Steuern, bei nahezu allen Positionen schneiden kleinere Gemeinden besser ab als größere Städte. Die Gebietsreform mit größeren zentralisierten Einheitsgemeinden wird deshalb in der Fläche zu steigenden Abgabenlasten führen. Das wird teuer für den Abgabenzahler.

Zusammengefaßt: diese Gebietsreform kostet den Bürger zusätzliches Geld.

2. Diese Gebietsreform entmündigt die Bürger

Die Gebietsreform drängt die demokratische Selbstverwaltung vor Ort massiv zurück. Sie vernichtet fünf von sechs Wahlämtern in der Fläche (ehrenamtliche Bürgermeister und ehrenamtliche Gemeinderäte). Die Möglichkeiten der Bürger nehmen drastisch ab, ihr Gemeinwesen nach ihren eigenen Wünschen und den Gegebenheiten vor Ort einzurichten.

Bisher reichen in der Fläche oftmals 50 Wählerstimmen aus, um ein Gemeinderatsmandat zu erringen. Das kann jeder schaffen, der ein wichtiges Anliegen hat. Die Gemeinderäte in der Fläche werden daher nicht von Parteien dominiert, sondern von Personen. Nach der Gebietsreform werden in den zentralisierten Einheitsgemeinden für ein Gemeinderatsmandat 200 und mehr Stimmen erforderlich sein.

Die Erfahrung zeigt, daß parteipolitische Blockaden mit der Größe von Gebietskörperschaften zunehmen. Während in kleinen Gemeinden oft Beschlüsse mit wechselnden Mehrheiten gefaßt werden, steigt die Neigung mit der Größe von Stadträten und Kreistagen, sich überwiegend an Fraktionsbeschlüsse zu halten.

In den großen Städten läßt sich das heute schon beobachten. Der Einfluß nicht in Parteien organisierter Bürger auf die Gemeindepolitik wird ebenso zurückgehen, wie die freie Gewissensentscheidung des einzelnen Gemeinderatsmitglieds.

Durch die Gebietsreform gehen den Bürgergemeinschaften vor Ort Selbstbestimmungsrechte verloren, z.B. das Bauplanungsrecht. Die Bürgergemeinschaften entscheiden dann nicht mehr selbst darüber, ob und wo Wohn- oder Gewerbegebiete eingerichtet werden. Sie haben sich vielmehr den Entscheidungen der zentralisierten Einheitsgemeinde zu unterwerfen. Es besteht keine Möglichkeit mehr durch geschickte Planungen vor Ort zum Beispiel auf die genaue Ausgestaltung von Windparks etc. Einfluß zu nehmen.

Die Bürger vor Ort werden infolge der Gebietsreform keine eigenen Haushaltsrechte mehr haben. Denn nur „vollwertige“ Gemeinderäte haben das Recht einerseits über die Höhe der kommunalen Steuern und Abgaben und andererseits über die Verwendung dieser Haushaltsmittel zu entscheiden. Wer keinen eigenen Gemeinderat mehr hat, der muß hinnehmen, was in der zentralisierten Einheitsgemeinde entschieden wird, ob es nun um Museen, Bibliotheken, Friedhöfe, Kindergärten, die Feuerwehr oder die Sportanlagen geht. „Ortschaftsräte“ ohne vollständiges eigenes Haushaltsrecht sind immer nur Bittsteller.

3. Diese Gebietsreform sollte man verhindern

Diese Gebietsreform wird vieles vernichten, was in den letzten 25 Jahren aufgebaut wurde. Der Verein „Selbstverwaltung für Thüringen“ e.V. schafft deshalb die Voraussetzungen für ein Volksbegehren gegen das zu erwartende Gesetz über eine Gebietsreform. Dabei arbeitet er mit allen der bürgerlichen Demokratie verpflichteten Personen, Institutionen und Organisationen zusammen, die den Verlust an Demokratie durch eine Gebietsreform nicht wollen. Insbesondere geht es darum, möglichst schnell eine schlagkräftige Organisation aufzubauen. Sie muß in der Lage sein, in wenigen Wochen Unterschriften von sehr vielen Befürwortern eines Volksbegehrens zu sammeln. Die Resonanz bei den Bürgern und in den Medien auf die Aktivitäten des Vereins ist sehr gut. Auch sehr viele Amtsträger vom Gemeinderat über den Bürgermeister bis hin zum Landrat unterstützen das Ziel diese Gebietsreform zu verhindern. Denn sie verbessert nichts, schränkt Demokratie sowie Mitbestimmung ohne Not ein und schädigt die betroffenen Gemeinden, Städte und Kreise.

Nähere Informationen finden Sie unter ag-selbstverwaltung.net. Wenn Sie den Verein z.B. beim Sammeln von Unterschriften oder durch Spenden unterstützen möchten, melden Sie sich bitte bei ag.selbstverwaltung@web.de.